

Die russische Oktoberrevolution und die deutsche Arbeiterbewegung

Ulrich Herbert

Freiburg, 10.11.2017, „100 Jahre Russische Revolutionen“

Die Ereignisse in Russland des Jahres 1917 waren von der deutschen Arbeiterbewegung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Allerdings weniger wegen der revolutionären Ereignisse selbst – darüber war zunächst auch wenig Genauer zu erfahren –, sondern wegen der damit verbundenen Frage nach Krieg oder Frieden. Denn die revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 ließen bei den Anhängern der SPD (wie in Deutschland überhaupt) die Hoffnung aufkommen, dass Russland aus dem Krieg ausscheiden und so ein baldiges Ende des Weltkriegs möglich werden würde. Zudem gab es nun, nach dem Sturz der Zarenherrschaft, für die Sozialdemokraten keinen Grund mehr, den Krieg gegen Russland zu unterstützen. Denn den hatte sie seit 1914 vor allem als Befreiungsmission für die vom Zarismus unterdrückten Völker verstanden und so ihre Politik des Burgfriedens begründet. Daher konnte die SPD-Führung im April 1917 aus voller Überzeugung verkünden: „Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution.“

Als dann der Petrograder Sowjet am 27. März 1917 seinen von Maxim Gorki verfassten Appell „An die Völker der ganzen Welt“ richtete, in dem die berühmte Forderung nach einem „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ enthalten war, wirkte dies, wie es in einem zeitgenössischen Bericht hieß, „wie ein Funke im Pulverfaß des deutschen Proletariats, auch bei den Anhängern der sozialistischen Parteien“. Nun würde es endlich Frieden geben – das war auch die Hoffnung bei den entschiedenen Kriegsgegnern in der SPD, die sich in diesen Tagen von der SPD abspalteten und die USPD gründeten.¹

Als dann die Bolschewiki im November 1917 die Macht eroberten, war über die näheren Umstände der zweiten russischen Revolution zunächst nur wenig bekannt, und auch über die Methoden der Bolschewiki bei ihrer Machteroberung drangen zunächst nur wenige Informationen nach Deutschland. Es gab indes schon recht bald skeptische Einschätzungen der Vorgänge in Russland, vor allem in der USPD, in deren Reihen es Reformer wie Revolutionäre gab. Karl Kautsky, der unbestrittene marxistische Vordenker der deutschen Sozialdemokratie und einer der führenden Köpfe der USPD, hatte früh in einer eher theoretischen Analyse der Februarrevolution betont, dass die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Russlands keine Voraussetzung für eine proletarische, sondern ausschließlich für eine bürgerlich-demokratische Revolution bot, wobei dem Proletariat die Durchsetzung der sozialen Ausrichtung in dieser bürgerlichen Demokratie zukomme. Eine *Diktatur* des Proletariats zu diesem Zeitpunkt in Russland werde hingegen den Zusammenbruch der Wirtschaft, den Zerfall des Staatsapparates und die Sezession großer Teile des russischen Reiches nach sich ziehen.

Auf detaillierteren Informationen fußte hingegen ein ausführlicher Bericht von Alexander Stein, einem Sozialdemokraten aus Riga, der über die Entwicklung in Russland eingehend informiert war. Der Titel seines am 17. Dezember 1917 in der Leipziger Volkszeitung erschienenen Berichts war überschrieben mit „Demokratie oder Diktatur?“ und bezeichnete damit präzise den Widerspruch, der in der Beurteilung der bolschewistischen Revolution und der kommunistischen Bewegung bald in den Mittelpunkt der Debatten rückte.

¹ Dittmann, Erinnerungen, S. 799.

Die sogenannte „Diktatur des Proletariats und der ärmeren Bauernschaft“, schrieb Stein, habe sich bereits in den ersten Tagen als die Diktatur einer einzigen Partei, nämlich der Bolschewiki, entpuppt. In Russland herrsche nun die „Diktatur einer Gruppe, der Bolschewiki-Partei, die die Leitung der Bewegung an sich gerissen hat.“ Die oppositionelle Presse, vor allem die der Sozialdemokraten, sei bereits ausgeschaltet worden; Razzien, willkürliche Verhaftungen und Repressionen seien an der Tagesordnung. Die Basis der Herrschaft von Lenin und Trotzki werde immer schmaler, ein Bürgerkrieg in den Reihen der Arbeiterklasse sowie schließlich die Niederlage der Revolution stehe zu befürchten. „Das internationale Proletariat“, so schloss Stein, „kann nicht wünschen, daß die revolutionäre Bewegung in Rußland eine so verhängnisvolle Wendung nimmt, die alle an sie geknüpften Hoffnungen vernichten würde.“²

Noch aber gab es auch zahlreiche Unterstützer der Oktoberrevolution in der deutschen Sozialdemokratie, etwa Franz Mehring oder Clara Zetkin, die die Repressionsmaßnahmen der Bolschewisten als Notwehr und als unvermeidbar verteidigten. Man könne Revolution, so betonten sie, schließlich nicht „mit Samthandschuhen“ oder „mit Rosenwasser“ machen.³

Zur entscheidenden Zäsur in der Auseinandersetzung der deutschen Arbeiterbewegung - und dann der weltweiten sozialistischen Bewegung - mit der Oktoberrevolution wurde dann aber der 19. Januar 1918, der 6. Januar russischer Zeitrechnung. An diesem Tag lösten die Bolschewisten die Konstituierende Versammlung Russlands, die einen Tag zuvor zusammengetreten war, gewaltsam auf. Trotz erheblicher Wahlmanipulationen hatten sie bei der Wahl Ende November weniger als ein Viertel der Sitze errungen. Die linken Sozialrevolutionäre hingegen, die zu den Bolschewiki in Opposition standen, stellten die überwältigende Mehrheit. Schwer bewaffnete Truppen der Bolschewiki verweigerten den Deputierten den Zugang zu ihrem Tagungsort, dem Taurischen Palais in Petrograd. Als sich Unterstützer der Verfassungsgebenden Versammlung zum Protest dagegen versammelten, eröffneten die Truppen das Feuer und töteten zahlreiche Demonstranten.

Damit war die Frage „Demokratie oder Diktatur“ zur entscheidenden und intensiv diskutierten Frage geworden - insbesondere in der deutschen Arbeiterbewegung. Das hatte zwei Gründe. Zum einen bildete sich innerhalb der USPD eine linke Gruppierung, die mit den Bolschewisten und ihrem putschistischen Kurs sympathisierte, ebenso wie der kleine, nach wie vor politisch ziemlich bedeutungslose Spartakusbund. Zum anderen setzten die Bolschewisten in Russland ihre ganze Hoffnung darauf, dass die deutsche Arbeiterklasse ihrerseits die Revolution machen und damit das Startsignal zum weltweiten proletarischen Aufstand geben werde. Ohne die deutsche Revolution „werden wir verschwinden“, hatte Lenin schon im März 1918 erklärt, denn nach marxistischer Theorie war es ja durchaus zu bezweifeln, ob Russland angesichts der sozioökonomischen und politischen Verhältnisse des Landes für eine proletarische Revolution „reif“ war. Denn eigentlich müsste die proletarische Revolution ja von den industriell fortgeschrittensten Staaten ausgehen, und damit war in erster Linie Deutschland gemeint, das Land mit der größten und am besten organisierten sozialistischen Arbeiterbewegung der Welt. „Lenins Frage „Dürfen wir die Revolution machen?“ bezog sich genau auf diesen Widerspruch. Deshalb versuchten die russischen Revolutionäre auf verschiedenen Wegen, die linken Revolutionäre mit Geld und mit Propagandamaterial zu unterstützen, was allerdings dem Geheimdienst rasch auffiel und unterbunden wurde.

² Alexander Stein: Demokratie oder Diktatur?, in: LVZ Nr. 293 vom 17. 12. 1917.

³ Franz Mehring, Clara Zetkin: „Unter der Diktatur des Proletariats“, Mitteilungs-Blatt vom 16. 12. 1917, auszugsweise abgedruckt bei Naumann, Revolutionäre Berliner, S. 917f.

Die Auflösung der Konstituante in Petrograd markierte denn auch den Ausgangspunkt der zweiten Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung - diesmal aber nicht entlang der Trennlinie „Unterstützung der deutschen Kriegspolitik oder nicht?“, sondern entlang der Frage: „Demokratie oder Diktatur“. Für die Mehrheit in SPD und USPD führte der Weg der Bolschewisten geradewegs zu Bürgerkrieg und Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Während Lenin den Bürgerkrieg befürwortete und „die Umwandlung des gegenwärtigen, imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ explizit gefordert hatte, sahen die SPD und die Mehrheit der USPD im Bürgerkrieg die furchtbarste Katastrophe. „Im Bürgerkrieg kämpft jede Partei um ihre Existenz, droht dem Unterliegenden völlige Vernichtung“, schrieb Kautsky im Frühsommer 1918. Der Bürgerkrieg aber führe zur völligen Zerstörung der Lebensgrundlagen eines Volkes.⁴

Die Prognosen der deutschen Sozialdemokraten erwiesen sich bald als zutreffend. Seit dem Sommer 1918 herrschte in Russland der offene Bürgerkrieg. Antirevolutionäre Kräfte der verschiedensten Richtungen bekämpften das neue Regime an allen Fronten, unterstützt von Truppen der Westmächte, die ein Ausgreifen des revolutionären Elans nach Westen fürchteten. Die Randstaaten des Reiches erklärten sich für selbstständig, der russische Vielvölkerstaat schien auseinanderzubrechen. Die Wirtschaft versank im Chaos, die Produktionsziffern fielen dramatisch. Der immer weiter ausgreifende und erbittert geführte Bürgerkrieg gefährdete bald auch die Lebensmittelversorgung in den Städten und führte schließlich zu Hungernöten, denen etwa zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen. Nominell herrschten in Russland die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Tatsächlich aber entmachteten die Bolschewisten die Räte, schalteten während der Jahre des Bürgerkrieges alle Konkurrenten aus und errichteten eine auf die Rote Armee und den Terror der Geheimpolizei gestützte Einparteiendiktatur.⁵

Diese Entwicklung bildete fortan die Grundlage für die Wahrnehmung und Bewertung der Ereignisse und Entscheidungen auch der Revolution in Deutschland.⁶ Bei der extremen Linken galt die russische Revolution als Beleg dafür, dass eine radikale Veränderung der Verhältnisse in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft möglich war – wenn sie nur konsequent betrieben wurde. Zugleich wurden der Aufmarsch konterrevolutionärer Truppen und der Bürgerkrieg in Russland als Bestätigung dafür empfunden, dass die Revolution nur gesichert werden konnte, wenn die alten Gewalten vollständig entmachteten wurden. Dazu waren grundlegende Veränderungen im Staatsapparat, im Militär und in der Wirtschaft nötig und die ungeteilte Macht der Arbeiter und Soldaten Voraussetzung. Praktisch möglich war dies jedoch nur durch die Konzentration der Befugnisse in wenigen Händen. Allgemeine Wahlen, bei denen womöglich bürgerliche Parteien die Oberhand gewinnen könnten, würden die Revolution gefährden und waren deshalb abzulehnen.

Solche Parolen kamen auch aus Moskau. Für die Sowjetregierung war die deutsche Revolution der Auftakt der Weltrevolution, wenn es gelang, die Position der „deutschen Menschewiken“, also der Sozialdemokratie, zu erschüttern und freie Wahlen zu verhindern. Am 11. No-

⁴ Kautsky, Diktatur, S. 33 ff.

⁵ Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 105–156; Neutatz, Träume, S. 152–170.

⁶ Zum Folgenden v.a. Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 19–152; ders.: Weimar, S. 33–86; ders., Der lange Weg, Bd. 1, S. 366–377; Peukert, Weimarer Republik; Büttner, Weimar, S. 33–64; Mommsen, Verspielte Freiheit; Longerich, Deutschland; Kluge, Weimarer Republik, S. 17–58; zum europäischen Kontext: Mai, Europa, S. 7–17; Raphael, Imperiale Gewalt, S. 38–81; Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 2, S. 82–92.

vember schrieb die Sowjetregierung an die Führung der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland: „Es gilt, mit den Waffen in der Hand wirklich die Macht überall zu übernehmen: eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden. Laßt Euch keine Nationalversammlung aufschwätzen: Ihr wißt wohin Euch der Reichstag gebracht hat.“⁷

Diese Direktive bot auch die Grundlage für den sogenannten Spartakus-Aufstand im Januar 1919 in Berlin, durch den die Abhaltung der Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar verhindert werden sollte. Das Vorgehen der gerade gegründeten KPD und ihrer Verbündeten, v.a. der Revolutionären Obleute, war dabei eine weitgehende Kopie der Zerschlagung der Konstituante durch die Bolschewiki in Petrograd ein Jahr zuvor. Die Oktoberrevolution wurde so zur Blaupause für die revolutionäre Linke in Deutschland und in aller Welt, und mit der Kommunistischen Internationale wurde im März 1919 auch das Instrument geschaffen, um die Gesellschaften der industriellen Staaten nach russischem Vorbild umzuwälzen.

Dem völlig entgegengesetzt war die Wahrnehmung der russischen Revolution in der SPD und Teilen der USPD, deren linker Flügel sich 1922 mit der KPD vereinte, während die anderen zur SPD zurückgingen. Eine Revolution, das hatte sie die Entwicklung in Russland seit dem Herbst 1917 gelehrt, setzte eine Eigendynamik der radikalen Kräfte frei, gefährdete die Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung, konnte in einen Bürgerkrieg umschlagen und letztlich zu einer Diktatur führen. Angesichts einer solchen Bedrohung ging es für die SPD seit der Novemberrevolution daher vorrangig darum, möglichst schnell die Demobilisierung des Heeres und die Umstellung auf Friedenswirtschaft zu erreichen, um so die Versorgung der Bevölkerung und die Versorgung der Millionen von Kriegsversehrten sicherzustellen. Dazu bedurfte es in erster Linie einer starken Wirtschaft und einer funktionierenden Verwaltung sowie stabiler politischer Verhältnisse auf demokratischer Grundlage. Nichts war in den Augen der SPD in einer solchen Situation gefährlicher als gesellschaftspolitische Experimente auf der Grundlage radikal-utopischer Konzepte wie in Russland. Sozialistische Veränderungen konnten dereinst vorgenommen werden, wenn die Regierung dafür entsprechende parlamentarische Mehrheiten errungen hatte. Vorerst aber ging es um die Aufrechterhaltung von Ordnung, Sicherheit und Versorgung sowie um die Errichtung einer funktionierenden demokratischen Ordnung. „Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde“, so Ebert, würde Deutschland wie zuvor Russland „der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.“⁸

Nur wenn man diese Wahrnehmung berücksichtigt, wird nachvollziehbar, warum das Hauptziel der Regierung der Volksbeauftragten seit dem November 1918 die Eindämmung jener revolutionären Dynamik war, der sie ihre eigene Machtübernahme verdankte. Um Ordnung, Sicherheit und Wohlfahrt herzustellen, wurde daher bereits in den ersten Tagen der Revolution eine Reihe von Grundsatzentscheidungen getroffen, welche die weitere Entwicklung der deutschen Revolution nachhaltig prägte. Das bezog sich vor allem auf die Kontinuität der Behördentätigkeit: Polizei und Krankenhäuser, Finanzämter und Ministerialbürokratie sollten weiterarbeiten; politische Säuberungen beim Personal wurden nicht vorgenommen.

Die Entwicklung in Russland hatte zudem gezeigt, welche Auswirkungen die Konfrontation zwischen der neu aufgebauten Roten Armee und dem Militärapparat des gestürzten Regimes mit sich brachte. Der Aufbau einer eigenen revolutionären Militärmacht barg das Risi-

⁷ Telegramm Sowjetregierung 11. 11. 191, zit. n. Zarusky, S.68.

⁸ Aufruf Eberts am 9.11.1918, in: Ritter/Susanne (Hg.), Deutsche Revolution, S. 80.

ko der Konfrontation mit dem traditionellen Militär in sich, zudem bestand die Gefahr der radikalen Eigendynamik einer linken Bürgerkriegstruppe. Deshalb bemühte sich Ebert trotz erheblicher Widerstände im eigenen Lager um ein Arrangement mit der Reichswehrführung, um diese zur Anerkennung der neuen Regierung zu bewegen. Das gelang auch. Im Gegenzug akzeptierte die neue Regierung die OHL weiterhin als oberste militärische Befehlsinstanz und bestätigte die Prinzipien der militärischen Disziplin, womit genau jene Kräfte wieder ins Spiel kamen, gegen die sich ihre revolutionäre Erhebung in erster Linie gerichtet hatte.

Damit verbunden war auch die Frage nach der weiteren Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte, die schließlich die Revolution vom 9. November im Wesentlichen getragen hatten. Die Entscheidung über die Zukunft der Rätebewegung fiel im Dezember 1918 auf dem Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt der höchsten revolutionären Instanz. Und erneut war es die Entwicklung in Russland, die den Ausschlag gab. Denn dort, so der sozialdemokratische Hauptredner Max Cohn, hatten die Bolschewisten das Räteystem ja nur eingeführt, um freie Wahlen zu verhindern und die Diktatur zu installieren. Aber auch eine sozialistische Umgestaltung bedürfe der Zustimmung der Mehrheit des Volkes – „es wird nicht mehr Sozialismus durchführbar sein, als die Mehrheit des Volkes will“, erklärte er. Sozialistische Experimente in einer hoch entwickelten Industriegesellschaft seien zudem außerordentlich gefährlich. Das Ergebnis in Russland spreche für sich: „Rußland friert und hungert.“ Eine bäuerliche Gesellschaft, so Cohn, werde sich davon noch erholen können. Eine industrielle Gesellschaft aber werde durch solche Experimente für immer geschädigt: „Wenn einmal die deutsche Industrie vernichtet ist, dann steht sie nie wieder auf.“

Dieser Einschätzung stimmte die weit überwiegende Mehrheit der Delegierten des Rätekongresses zu (400 gegen 50). Die Räte hatten sich als Institutionen des revolutionären Übergangs gebildet und auch als solche verstanden. Die nun vollzogene Ablehnung des Räteystems bedeutete zugleich die Entscheidung für die Abhaltung von Wahlen zur Nationalversammlung. Der Weg zur parlamentarischen Demokratie war offen.

Allerdings waren diese Erfolge mit weitreichenden Zugeständnissen erkaufte, durch die der Rat der Volksbeauftragten die seit dem November hochgespannten Erwartungen in der Arbeiterschaft enttäuschte. Er verlor die Unterstützung des linken Flügels der revolutionären Bewegung, der nun offen gegen die Regierung Ebert und ihren Kurs der politischen und sozialen Kontinuität opponierte und zur Diktatur des Proletariats aufrief. Die Mehrheits-SPD sah die linksradikale Bewegung aber vor allem in der Optik der bolschewistischen Revolution, und entsprechend war die Regierung Ebert bereit, gegen diesen Gegner notfalls auch mit Waffengewalt vorzugehen, wenn sichtbar würde, dass sich die russische Entwicklung in Deutschland wiederholen sollte. Wie mit Groener vereinbart, rief Ebert in dieser Situation die Reichswehr um Hilfe und erteilte ihr Blankovollmacht. Dieser Einsatz der Reichswehr gegen Anhänger der Revolution war von hoher symbolischer Bedeutung, paktierte die Regierung der Volksbeauftragten hier doch offen mit den Militärs gegen die revolutionären Kräfte, und als die Freikorps mit dem Hakenkreuz auf dem Helm im Auftrag der Regierung Arbeiteraufstände und Streiks in Berlin, in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet niederschlugen, war der endgültige Bruch zwischen konstitutioneller und revolutionärer Bewegung vollzogen. Je enttäuschter die Linke aber von der deutschen Revolution war, desto attraktiver erschien das russische Modell, und die Überzeugung, die liberale Demokratie sei in Deutschland wie in Russland nur eine Übergangsphase zur Diktatur des Proletariats, gewann an Zustimmung.

Für die Mehrheits-Sozialdemokraten aber wurde die Entwicklung in Russland immer mehr zur Bestätigung ihres Kurses, je eindringlicher die Berichte aus Russland über den Hunger,

den Bürgerkrieg und den Terror der Tscheka waren. Tatsächlich trafen die meisten dieser Berichte zu, und oftmals waren die tatsächlichen Entwicklungen noch furchtbarer als in den jetzt nach Berlin durchdringenden Meldungen. Aber die katastrophale Lage in Russland diente ja auch den bürgerlichen und vor allem den rechtsradikalen Kräften als Grundlage ihrer antisozialistischen und vor allem antisemitischen Propaganda. So wurde auf der Linken bald jede Kritik an den terroristischen Herrschaftsmethoden der Bolschewiki als unglaubwürdige Propaganda der Rechten abgetan, relativiert durch den Vergleich mit den Toten des Weltkrieges, für den die Bourgeoisie die Verantwortung trage, und legitimiert als harte, aber unvermeidliche Reaktion auf den weißen Terror. Dadurch aber wurden alle kritischen Berichte über Russland, von wem sie auch kamen und wie glaubwürdig sie waren, als weiße Propaganda abgetan, die der Konterrevolution diene.

Aber selbst wenn die Meldungen über Russland offenkundig zutreffend waren - es waren ja nicht die realen gegenwärtigen Verhältnisse in Russland, auf die sich die deutschen Linksradikalen bezogen, sondern die Aussichten auf eine glänzende Zukunft der Sowjetmacht nach dem endgültigen Sieg der Revolutionäre über die Klassengegner. Hier wirkte der alte Revolutionsmythos der Sozialdemokraten weiter, der am siegreichen Ende der revolutionären Anstrengung die Erlösung und in gewisser Weise das Ende der Geschichte prognostizierte. Die Zukunft war die eigentliche Substanz des entstehenden Sowjetmythos, und die Strategie der SPD, vor dem Bolschewismus zu warnen, indem sie auf Not und Terror in Russland hinwies, hatte gegenüber der gläubigen Zukunftsgewissheit der radikalen Linken wenig Aussichten auf Erfolg. Verglichen mit der tristen deutschen Gegenwart wirkte die Zukunft der russischen Revolution umso glänzender.

"Die junge proletarische Macht scheute nicht zurück vor Gefahren, " hieß es in einem hymnischen Bericht des jungen USPD-Mitglieds Josef Eisenberger, der die Oktoberrevolution in Petrograd selbst miterlebt hatte. „Immer tiefer grub sich das Selbstbewußtsein ein in die Massen, immer unerbittlicher tobte die Schlacht, und die Massen strömten willig zu den Roten Fahnen, allen voran die Elite des Proletariats, die Arbeiter aus den Fabriken! Schwer nur läßt sich die Begeisterung beschreiben, noch schwerer die flammende Hingabe und Aufopferung schildern, die der russischen Revolution ein so eigenartiges himmelanstürmendes Gepräge verleihen." Eisenberger wurde 1937 in Moskau wegen „konterrevolutionärer Betätigung“ Lagerhaft verurteilt und starb ein Jahr später im GuLag.⁹

Es war vor allem die unterschiedliche Wahrnehmung und Beurteilung der Oktoberrevolution, die zwischen Januar 1918 und Januar 1919 die säkulare Spaltung der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung bewirkt hat – und nicht die Beurteilung der Kriegspolitik der SPD. Neben der konstitutionell und parlamentarisch orientierten Sozialdemokratie stand nun die revolutionäre, auf die Errichtung der proletarischen Diktatur orientierte kommunistische Bewegung, die sich fortan ganz auf die Entwicklung in Russland der Sowjetunion ausrichtete.

So wurde, wie Jürgen Zarusky schreibt, „die Machtergreifung und –behauptung des Bolschewismus in Rußland keineswegs nur zu einem Streitpunkt zwischen Verfechtern verschiedener sozialistischer Strategien. Sie bildete vielmehr die Scheidewand zwischen zwei fundamental verschiedenen Auffassungen des Sozialismus.“¹⁰

⁹ Josef Eisenberger: „Lenin aus nächster Nähe“, Der Arbeiterrat Nr. 8, Februar 1920., S. 16.

¹⁰ Zarusky, S. 50.

Mit der Zerschlagung der Konstituante in Petrograd, mit der Errichtung einer Terrorherrschaft im Bürgerkrieg, mit der Ausschaltung jeder Opposition und der Ablehnung des Mehrheitsprinzips wurde daher nicht nur die kommunistische Weltbewegung begründet, sondern in der scharfen Ablehnung dieser Entwicklung auch die Absage an die bis dahin in der Sozialdemokratie vertretene Zielperspektive der Revolution und die Begründung des demokratischen Sozialismus.